

# „Salem fährt an die Wand“

## Bernhard Prinz von Baden sieht keine Chance mehr, seinen Familiensitz zu halten

**Stuttgart** (dpa/lsw). Bernhard Prinz von Baden sieht ungeachtet des noch ungeklärten Kulturgüterstreits mit dem Land Baden-Württemberg keine Chance mehr, Schloss Salem zu erhalten. Bei der Veranstaltung „Zeitzeugen im Haus der Geschichte“ sagte der Generalbevollmächtigte des Hauses Baden gestern: „Salem fährt 2007/2008 an die Wand.“ Weil das Moratorium der Banken zum Jahresende auslaufe, müsse das Adelshaus 30 Millionen Euro Schulden zurückzahlen, was nur über einen Verkauf der Anlage des früheren Zisterzienserklosters möglich sei.

Das historische Ensemble lockt jährlich 130 000 Besucher an. Eine politische Lösung, wie sie zunächst geplant war, hielt der Adlige aus Zeitgründen nicht mehr für denkbar. Man

habe sich „dermaßen verrannt“, dass ein Vergleich nicht mehr möglich sei, sagte Prinz Bernhard bei der Veranstaltung. Er sagte, dass sich das Land außerstande sehe, bis Anfang 2008 zu einer Lösung der Finanzprobleme beizutragen.

Im Spätherbst wird das Ergebnis einer vom Land eingesetzten Expertengruppe erwartet. Seit einem Jahr versucht sie, die Eigentumsrechte an Bildern, Handschriften und anderen Kulturgütern, deren Wert insgesamt auf bis zu 300 Millionen Euro geschätzt wird, zu klären. Das Haus Baden habe ebenfalls Gutachter beauftragt, sagte Prinz Bernhard. Er rechnete mit jahrelangen gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Ursprünglich wollten das Land und das

Haus Baden durch einen Vergleich den Fortbestand des Schlosses sichern. Das Adelshaus wollte seinen Besitz in eine gemeinnützige Stiftung einbringen und sollte als Ausgleich für den Verzicht auf die ehemals Großherzlichen Sammlungen vom Land 70 Millionen Euro erhalten. Davon sollten 40 Millionen Euro in die Stiftung fließen.

Der geplante Verkauf von kostbaren Handschriften aus der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe hatte jedoch Proteste ausgelöst. Das Land hat ein neues Finanzierungsmodell vorgelegt. 30 Millionen Euro sollen aus staatlichen Mitteln, Sponsoren- und Spenden-Geldern sowie dem Solidarbeitrag von Kunsteinrichtungen und Bibliotheken zusammenkommen.